

+++++++ Newsletter
Natur- und Umweltschutz 3/2008 von Gisela Splett,
umweltpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion Baden-Württemberg
+++++++

Liebe Leserinnen und Leser,
das Thema biologische Vielfalt ist in aller Munde. Doch zeitgleich zu den
schönen Sonntagsreden in Bund und Ländern ist eine Schwächung des
Naturschutzrechts in Deutschland zu befürchten. Es ist halt nicht alles
Gold was glänzt....

Anbei erhalten Sie wieder Informationen aus dem Landtag und meinen dortigen
Aktivitäten zu Natur- und Umweltschutz.

Viele Grüße aus Karlsruhe,
Gisela Splett

1) BIOLOGISCHE VIELFALT

Die 9. Vertragsstaatenkonferenz zur biologischen Vielfalt wirft ihre
Schatten voraus. Das Land hat rechtzeitig im Vorfeld seinen „Aktionsplan
Biologische Vielfalt“ vorgestellt. Leider handelt es sich dabei nicht um
eine umfassende Strategie, sondern um ein doch recht überschaubares
Maßnahmenpaket.

Auf Bundesebene hat der Grüne Länderrat einen Beschluss zur Biodiversität
gefasst, die Grüne Bundestagsfraktion hat Anträge eingereicht und eine
Posterausstellung veröffentlicht.

Im Landtag fordere ich die Landesregierung auf, die Nationale Strategie
zur biologischen Vielfalt auf Baden-Württemberg herunterzubrechen und
umzusetzen und sich in den Verhandlungen über das Umweltgesetzbuch für eine
Stärkung der naturschutzrechtlichen Standards einzusetzen.

Aktionsplan der Landesregierung: www.aktionsplan-biodiversitaet.de

Grüner Länderratsbeschluss:

www.gruene.de/cms/default/dokbin/229/229212.vielfalt_leben_vielfalt_erhalte_n_zur_sic.pdf

Antrag der Bundestagsfraktion zur UN-Konferenz:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/088/1608890.pdf>

Posterausstellung der Bundestagsfraktion: [www.gruene-](http://www.gruene-bundestag.de/cms/biodiversitaet/dok/227/227810.erhalten_was_uns_erhaelt.htm)

[bundestag.de/cms/biodiversitaet/dok/227/227810.erhalten_was_uns_erhaelt.htm](http://www.gruene-bundestag.de/cms/biodiversitaet/dok/227/227810.erhalten_was_uns_erhaelt.htm)
[1](http://www.gruene-bundestag.de/cms/biodiversitaet/dok/227/227810.erhalten_was_uns_erhaelt.htm)

Landtags-Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2713.html

Meine Pressemitteilungen zum Thema:

www.gisela-splett.de/Presse-Biodiv2.htm (vom 03.04.08)

www.gisela-splett.de/Presse-Biodiv.htm (vom 18.03.08)

2) VOGELSICHERHEIT AN STROMLEITUNGEN

Der Stromtod von Vögeln an Stromleitungen beschäftigte die beiden kleinen
Landtagsfraktionen. Während die FDP sich nach der Situation an
Freileitungen der Energieversorgungsunternehmen erkundigte, habe ich nach
der Vogelsicherheit an Bahnstrecken gefragt. Hier ist das Problem, dass
Oberleitungsanlagen der Deutschen Bahn von den Regelungen des
Bundesnaturschutzgesetzes ausgenommen wurden. Es gibt zwar eine bahn-
interne Vorschrift. Aber die wird von der Bahn nur angewandt, wenn im
Verfahren entsprechende Forderungen geäußert werden. In der Antwort sichert
die Landesregierung zu, sich bei künftigen Planfeststellungen für die
Aufnahme der bahninternen Richtlinie einzusetzen.

Mein Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2528_d.pdf

FDP-Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2445_D.PDF

3) MENSCH GEGEN TIER: KORMORAN UND MAIKÄFER

In den letzten Wochen sorgte sowohl die Maikäferkämpfung in oberrheinischen Wäldern als auch die Kormoranbekämpfung am Bodensee für Schlagzeilen. In beiden Fällen haben wir Grünen uns klar gegen die Maßnahmen der Landesregierung positioniert. Am Bodensee war mein Landtagskollege Siegfried Lehmann vor Ort und hat sich mit mehreren Pressemitteilungen zu Wort gemeldet. Bezüglich Maikäfer habe ich eine gemeinsame Pressemitteilung mit dem BUND herausgegeben.

Meine Pressemitteilung zur Maikäferbekämpfung:
www.gisela-splett.de/Presse-Maikaefer6.htm

Meine Pressemitteilung zu Kormoran-Bekämpfungswünschen bei Karlsruhe:
www.gisela-splett.de/Presse-Kormoran.htm

Pressemitteilungen von Siegfried Lehmann zur Kormoranbekämpfung am Bodensee:
www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/228/228239.gruene_bringen_kormorantoetungen_in_den.html
www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/227/227840.toetung_der_kormoranbrut_petition_im_eil.html
www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/226/226744.siegfried_lehmann_geplante_kormoranvergr.html

4) BOTANISCHE GÄRTEN

Am 3. April traf ich zusammen mit unserem Fraktionsvorsitzenden Winfried Kretschmann und der hochschulpolitischen Sprecherin Theresia Bauer VertreterInnen der botanischen Gärten der baden-württembergischen Hochschulen zu einem Gespräch. Wir Grünen messen den botanischen Gärten eine hohe Bedeutung bei - für Forschung, Bildung und Artenschutz - und sehen erheblichen Bedarf nicht nur bezüglich der personellen Ausstattung, sondern insbesondere auch im Hinblick auf den baulich und energetisch absolut desolaten Zustand vieler Gewächshäuser.

Pressemitteilung: www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/227/227241.botanische_gaerten_schaetze_in_maroden_s.html

5) AGROGENTECHNIK

Während in Nürtingen nach einer „Genfeld-Besetzung“ die Genversuche durch die Hochschule abgesagt wurden, dauerte die Besetzung eines Gentechnik-Versuchsfeldes in Rheinstetten nur einen Tag. Rund zwei Dutzend Gentechnik-Kritiker hatten einen zehn Meter hohen Turm und ein Zeltdorf auf dem Acker errichtet und wollten damit die Aussaat von gentechnisch verändertem Mais verhindern. Schon am darauf folgenden Tag räumte die Polizei und machte den Weg für die Einsaat frei. Ich habe mir am 24. April vor Ort einen Eindruck von der Aktion verschafft

Pressemitteilung: www.gisela-splett.de/Presse-Genmais4.htm

6) FLÄCHENVERBRAUCH

Im Rahmen der Beratung unseres Bodenschutzantrags im Umweltausschuss im Januar dieses Jahres wurde ins Auge gefasst, das Thema Flächenverbrauch

interfraktionell weiterzubearbeiten. Erstes Ergebnis diesen gemeinsamen Vorstoßes war ein Gespräch des Umweltausschusses mit Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände, zweite Aktivität die Erstellung eines interfraktionellen Antrags, der in Kürze eingereicht werden soll.

Ganz konkret beschäftigten uns in Karlsruhe zum Thema Flächenverbrauchs die Pläne der Edeka-Südwest zum Bau eines Fleischwerk auf Rheinstettener Gemarkung südlich angrenzend an Karlsruher Gemarkung. Mit meiner Kollegin Renate Rastätter habe ich mich gegen den Verkauf der landeseigenen landwirtschaftlich genutzten Flächen positioniert.

Bericht aus Umweltausschusssitzung vom 24.01.08 (Flächenverbrauch ab S. 40): www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/2000/14_2515_d.pdf
Interfraktioneller Antrag: www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_2723

Pressemitteilung zum Fleischwerk: www.gisela-splett.de/Presse-Fleisch.htm

7) LÄRMAKTIONSPLÄNE

In Ballungsräumen mit mehr als 250.000 EinwohnerInnen (Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim), entlang von Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 6 Mio. Kfz pro Jahr (ca. 2.300 km im Land), Haupteisenbahnstrecken mit mehr als 60.000 Zügen pro Jahr (ca. 600 km im Land) sowie für den Flughafen Stuttgart müssen entsprechend der EU-Umgebungslärmrichtlinie bis 18.07.08 von den betroffenen Kommunen Lärmaktionspläne aufgestellt werden. Die als Grundlage notwendigen Lärmkartierungen waren bis Ende Juni letzten Jahres vorzulegen. Absehbar ist, dass die Fristen in vielen Bereichen nicht eingehalten werden. So fehlen die Lärmkarten für die Bahnstrecken noch immer und in vielen Gemeinden hat man mit der für die Aufstellung der Aktionspläne notwendigen Bürgerbeteiligung noch nicht mal begonnen. Spannend dürfte bei der Erstellung und bei der Umsetzung der Aktionspläne werden, inwieweit diese Außenrechtswirkung entfalten, ob eine Kommune z.B. eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf einer Bundesstraße oder Lärmschutz an Bahnstrecken erzwingen kann.

In einem Fraktionsantrag fordern wir die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die den Ländern aus der Nachfolgeregelung zum GVFG zustehenden Mittel auch für kommunalen Verkehrslärmschutz an Ortsdurchfahrten an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen eingesetzt werden können. Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen ein Verkehrslärmsanierungskonzept zu entwickeln und umzusetzen, wie es auch der Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg fordert.

Informationen der LUBW zur EU-Umgebungslärmrichtlinie:

www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/19330

Lärmgutachten des Nachhaltigkeitsbeirats Baden-Württemberg:

www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de/mainDaten/dokumente/laermgutachten.pdf

Fraktionsantrag zu Lärmaktionsplänen:

www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_2616

Lokale Pressemitteilung zum Tag des Lärms:

www.gisela-splett.de/Presse-Laerm4.htm

8) PERFLUORIERTER TENSIDE (PFT) IN GEWÄSSERN

Die Antwort auf meinen jüngsten Antrag zum Thema PFT lässt mich unzufrieden mit dem Tempo des Umweltministeriums in dieser Frage zurück. Spätestens seit 2006 wissen wir, dass PFT-Einträge in Gewässer ein Problem darstellen. Aber wir wissen immer noch nicht, wer die Einleiter sind. Das PFT-Problem wird

in Baden-Württemberg offensichtlich nicht an der Quelle angegangen, sondern nach dem alten end-of-pipe-Prinzip.

Im Jahr 2006 hatte ich die PFT-Problematik auf die Tagesordnung des Umweltausschusses gesetzt. Damals waren zunächst Funde der als gesundheitsschädlich und krebserregend eingestuften Chemikalie in Nordrhein-Westfalen und etwas später in Bayern bekannt geworden. Während andere Bundesländer sich also schon um das Thema kümmerten, sah das hiesige Umweltministerium wenig Handlungsbedarf. So hieß es in der Antwort auf eine Landtagsanfrage im Oktober 2006: „PFT-Untersuchungen in Oberflächengewässern sind derzeit keine geplant“. 2007 fing man an, das Problem auch als ein baden-württembergisches zu begreifen: Im März meldete das Umweltministerium erhöhte PFT-Werte im Klärschlamm der Kläranlage Schiltach. Im Juli 2007 wurden erhöhte PFT-Werte im Klärschlamm von 26 kommunalen Kläranlagen gemeldet. Im August waren es dann schon 47 Anlagen mit PFT-Werten von über 100 Mikrogramm pro Kilogramm Klärschlamm. Die Ausbringung der belasteten Schlämme sollte gestoppt werden. Die Umweltbehörden seien außerdem gemeinsam mit den Anlagenbetreibern damit befasst, die PFT-Quellen ausfindig zu machen, so Gönner damals. Doch während in Nordrhein-Westfalen schon seit längerem Erkenntnisse über die Ursachen der PFT-Einträge vorliegen und Listen indirekt und direkt einleitender Betriebe existieren (siehe z.B.

<http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/pdf/klaeranlagen/indirekteinleiter.pdf>)

konzentriert man sich in Baden-Württemberg einzig und allein auf die Frage der Klärschlammverwertung. Die Antwort auf meinen Antrag zeigt, dass noch nicht mal die Untersuchung der Klärschlämme bzw. Kläranlagenabläufe bisher abgeschlossen wurde. Und die Ermittlung der Verursacher gestaltet sich nach Darstellung des Umweltministeriums „aufwändig“ und konnte bisher ebenfalls nicht abgeschlossen werden.

Auch wenn es Sinn macht, dafür zu sorgen, dass kein PFT-belasteter Klärschlamm mehr auf die Äcker gelangt, greift diese Maßnahme allein zu kurz. Ziel müsste es sein, dass PFT erst gar nicht in die Umwelt und die Gewässer gelangt. Wenn ein UBA-Experte wie jüngst in einem Bericht der „Welt am Sonntag“ Parallelen zwischen PFT und früheren Schadstoffskandalen zieht und zu dem Schluss kommt, dass „uns jetzt wieder ein Stoff durch die Lappen gegangen“ ist, dann, so meine ich, müssen die Alarmglocken klingen.

Antrag: www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/2000/14_2467_d.pdf

9) NEUE KLEINE ANFRAGEN: FCKW UND HAGELSCHUTZNETZE

Defizite bei der FCKW-Entsorgung von Kühlgeräten:

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2568_d.pdf

Auch mit halogenierten Kohlenwasserstoffen hatte ein Schreiben an die EnBW zu tun. Dort habe ich mich nach der Verwendung von H-FKW in Wärmedämmstoffen beim Neubau EnBW-City erkundigt.

Hagelschutznetze und Naturschutz: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2712.html

10) VOR-ORT-TERMINE: SCHWARZWALD UND SAALBACHNIEDERUNG

Leider hatte ich am 8. April keine Zeit, um meine Kollegen Bernd Murschel und Reinhold Pix bei einem Vor-Ort-Termin im Nordschwarzwald zu begleiten. Auf dem Programm standen neben einem Gespräch mit Landrat Dombrowsky in Freudenstadt die Besichtigung eines Sägewerks mit Gesprächen zur Situation der klein- und mittelständischen Sägewerke, Gespräche mit Waldbesitzern und ein Besuch im Naturschutzzentrum Ruhestein zu den Themen Waldwirtschaft, Wildnis und Naturpark.

Am 14. April war ich mit einem Auerhuhnexperten und einem Journalisten im Mittleren Schwarzwald in ehemaligen und aktuellen Auerhuhn-Revieren

unterwegs. Wie schleppend die Umsetzung von Auerhuhnschutzmaßnahmen sich bisher gestaltet wird unter anderem daran deutlich, dass selbst in für das Auerhuhn ausgewiesenen Wildschutzgebieten noch gefährliche Maschendrahtzäune anzutreffen sind. Wenn der Auerhuhnschutz nicht ernsthafter als bisher betrieben wird, sieht es um die Zukunft dieses beeindruckenden Vogels in Baden-Württemberg schlecht aus.

Am 9. Mai besuchte ich auf Einladung des NABU die Saalbachniederung bei Hambrücken nördlich von Karlsruhe und ließ mich über Entwicklung und Gefährdung dieses Wiesengebiets informieren.

Pressemitteilung des NABU: www.gisela-splett.de/Presse-Saalbach.htm

11) INITIATIVEN FLEISSIGER KOLLEGEN

Antrag zum BIENENSTERBEN:

www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_2698 und

Pressemitteilung dazu: www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/232/232074.massensterben_von_honigbienen_erfordert.html

Antrag zu kommunalen und privaten ALTLASTEN:

www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_2630

Antrag zu RADIOAKTIVITÄT IN WILDFLEISCH:

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2554_d.pdf und Pressemitteilung

dazu: www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/230/230764.wildschweinfleisch_und_pilze_weiterstar.html

+++++

Gisela Splett MdL

Büro im Landtag

Mitarbeiter: Alexander Geiger

Konrad-Adenauer-Str. 12

70173 Stuttgart

Telefon: 0711-2063-966

Fax: 0711-2063-660

Mail: gisela.splett@gruene.landtag-bw.de

Homepage: www.gisela-splett.de

+++++